



Kinderrechte – wenig gelebt in der Praxis

Im Koalitionsvertrag von Union und SPD kommt das Wort Kinderrechte nicht ein einziges Mal vor. Auch mit den aufgeführten Punkten zu Teilhabe sind Kinder und Jugendliche kaum adressiert. Der aktuelle Koalitionsvertrag bleibt damit deutlich hinter dem vorherigen zurück. Immerhin heißt es an einer Stelle in der Vereinbarung aber schon: „Vor dem Hintergrund unserer Geschichte sind wir stolz auf die demokratischen Institutionen und Aushandlungsprozesse in unserem Land. Sie sind die Grundlage unseres Zusammenlebens und müssen von früher Kindheit an erlernt werden.“

Die Grundlage dafür ist in der UN-Kinderrechtskonvention gelegt, die auch Deutschland ratifiziert hat: In Artikel 12 sichern die Vertragsstaaten jedem Kind das Recht zu, seine Meinung „in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“

In Deutschland gibt es auf Ebenen der Kommunen, Länder und beim Bund Jugendparlamente und Schülervvertretungen, doch die Beteiligung wird nicht überall in gleicher Weise unterstützt und betrifft oft nur wenig relevante Themen. Es gibt kein flächendeckendes systematisches Beteiligungssystem, das Zugänge für alle Kinder ermöglicht. Es gibt auch keine Kinderrechtsbeauftragte auf Bundesebene oder eine zentrale Beschwerdestelle, an die sich Kinder und Jugendliche wenden könnten, um ihre Anliegen vorzutragen. So erleben sie oft, dass ihre Meinung nicht gehört wird und dass Politik ihre Belange nicht ausreichend im Blick hat. Was das heißt, spiegeln aktuelle Studien zum Thema wider:

- Der „Teilhabeatlas für Kinder und Jugendliche“ 2025 zeigt, dass Teilhabechancen stark von sozialen und regionalen Faktoren abhängen: So sind 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen von Armut oder Ausgrenzung bedroht, außerdem ist gerade im ländlichen Raum die Anbindung an den Nahverkehr unzureichend. Beides führt zu schlechteren Bildungsvoraussetzungen und beschränken Möglichkeiten, sich einzubringen.
- Junge Menschen mit Migrationsgeschichte sind weniger politisch aktiv (11 Prozent) als Gleichaltrige ohne Migrationsgeschichte (40 Prozent). Ein Grund dafür sind fehlende Vorbilder, hat der Sachverständigenrat für Integration und Migration herausgearbeitet. Nur 11,6 Prozent der Abgeordneten im neuen Bundestag haben eine Zuwanderungsgeschichte.
- Kinderrechte sind gerade in der Schule oft unzureichend umgesetzt, so das Fazit einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Beteiligungsmöglichkeiten sind oft nur oberflächlich und haben keinen hohen Stellenwert. Oft führen sie nur zu einer Scheinpartizipation. Außerdem lebt Schule Demokratie oft nicht vor, statt Inklusion findet häufig Exklusion (Zuordnung zu einer Schulart, Sitzenbleiben, Abschulen) statt. Viele Handlungen in der Schule sind nicht kinderrechtskonform.
- Teilhabe und Lust auf Schule hängen zusammen, zeigt die Studie „Kompass Partizipation“: 70 Prozent der Schüler*innen, die an der Schule Teilhabe erleben, sagen, dass sie gern zur Schule gehen. Können sie nur wenig partizipieren, sagen das nur 30 Prozent.
- Die aktuelle Trendstudie „Jugend in Deutschland 2025“ macht deutlich, dass der Glaube an das politische System in der jüngeren Generation erschüttert ist. Sie fühlt sich strukturell benachteiligt und sieht die Themen, die die eigene Zukunft betreffen, zu wenig im Fokus.

Impressum:

Herausgeber

Kindernothilfe e.V., Düsseldorfer Landstraße 180, 47249 Düsseldorf

Autorin

Annette Kuhn

Mitarbeit und Redaktion

Frank Mischo, Laura Puma, Schüler*innen des Andreas-Gymnasiums Berlin

Kontakt

Frank Mischo, Advocacy Manager, frank.mischo@kindernothilfe.de

September 2025





Partizipation

Zehn Forderungen für mehr und bessere Partizipation

Junge Menschen wissen oft sehr genau, wie eine gute Teilhabe aussieht und zu welchen Themen sie sich einbringen wollen. Das zeigen die zehn Forderungen zu Partizipation, die die Kindernothilfe-AG des Berliner Andreas-Gymnasiums erarbeitet hat. Die Schüler*innen zwischen 12 und 18 Jahren haben sich schon Anfang 2025 intensiv mit den Parteiprogrammen zur Bundestagswahl befasst und beim Kinderrechte-Check der Kindernothilfe mitgewirkt. Mit den zum Teil ernüchternden Ergebnissen haben sie Politiker*innen mehrerer Parteien bei einer Diskussionsveranstaltung auf Twitch im Februar konfrontiert. An diesen Dialog wollen sie mit ihren Forderungen nun anknüpfen.

1. Wir wollen echte Partizipation in der Schule

Zu entscheiden, wohin es am Wandertag geht, reicht nicht. Wir wollen zum Beispiel auch bei der Unterrichtsgestaltung mitbestimmen. Auch in der Debatte um ein Handyverbot werden wir viel zu wenig einbezogen.

2. Mehr Politische Bildung

Politische Bildung muss mehr Gewicht im Unterricht bekommen. Sie muss schon in der Grundschule beginnen. Dafür brauchen wir praxisnahe demokratische Beteiligungsmöglichkeiten und Informationsangebote.

3. Mehr Bildung zu Klima und Umwelt

Die Klimakrise trifft die jüngere Generation am meisten. Darum brauchen wir in der Schule mehr Aufklärung und Informationen darüber. Das muss verbindlich in den Lehrplänen stehen.

4. Mitsprache bei Fragen zum Schulsystem

Nicht nur was in der Einzelschule passiert, betrifft uns. Auch bei Fragen zum Schulsystem müssen wir eine Stimme haben. Zum Beispiel bei der Frage, wie lange wir gemeinsam lernen und ab wann wir auf verschiedene Schulformen aufgeteilt werden.

5. Mehr direkter Austausch zwischen Schüler*innen und Politiker*innen

Es muss mehr direkte Austauschformate zwischen Schüler*innen und Politiker*innen geben. So können wir unsere Fragen und Wünsche direkt loswerden, und die Politiker*innen wissen Bescheid, was uns wichtig ist, damit sie darauf besser reagieren können.

6. Politik muss mehr Teilhabemöglichkeiten schaffen

Wir wollen nicht nur in der Schule mitbestimmen, sondern auch in unserer Stadt, in unserer Region. Dafür brauchen wir niedrigschwellige Zugänge zu Partizipation. Und wir wollen nicht nur bei Randthemen wie der Gestaltung von Spielplätzen einbezogen werden.

7. Stärkung von Jugendparlamenten

Jugendparlamente und Jugendbeiräte müssen verstärkt werden, damit wir darin vertreten sein können. Und Jugendparlamente müssen im Bundestag mehr gehört werden. Wenn es dafür noch keine Strukturen gibt, müssen sie entwickelt werden.

8. Wahlalter senken und Mitbestimmung bei der Entscheidung über das Wahlalter

Das Wahlalter muss gesenkt werden! Ab wann genau wir wählen dürfen, darf nicht nur eine Entscheidung der Politik sein, hier wollen wir mitentscheiden.

9. Mehr Gewicht auf Klimapolitik

Obwohl von den Klimaschutz unsere Zukunft abhängt, werden die Maßnahmen zurückgefahren. Das wollen wir nicht. Deutschland muss seine internationalen Verpflichtungen wie das Pariser Klimaabkommen erfüllen. Wir müssen wir bei diesem Thema mitreden.

10. Produkte des täglichen Lebens für alle bezahlbar machen

Viele Mitschüler*innen können sich ganz normale Dinge nicht mehr leisten. Das schließt sie aus. Daher wollen wir, dass Produkte für eine gute Ernährung und Hygieneartikel für alle bezahlbar sind. Das muss die Kindergrundsicherung mindestens ermöglichen.